

**A21** Übertragung des Konfliktes zwischen der Regierung Erdogan und den Kurden auf Deutschland vermeiden, Gespräche und Annäherung unterstützen

Antragsteller\*in: Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Dany Greulich (KV Nordfriesland), Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Luca Brunch (KV Kiel), Christoph Krieger (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 3 Anträge

Status: Zurückgezogen

1 Auf Landesebene wollen wir uns dafür einsetzen, der kurdischen Bevölkerung in  
2 Schleswig-Holstein eine Stimme zu geben, indem wir die Gründung kurdischer  
3 Kulturvereine unterstützen und beratend bei der Selbstorganisation der  
4 kurdischen Gemeinden zur Seite stehen. Kurdische Organisationen sind für uns ein  
5 ebenso willkommener Ansprechpartner wie die türkischen Vereine und Gemeinden, um  
6 Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt  
7 herauszuarbeiten und auf Landesebene zu unterstützen. Wir sehen dies auch als  
8 notwendig um ein Übergreifen des Kurdisch-Türkischen Konfliktes auf Deutschland  
9 und Schleswig-Holstein zu vermeiden. Tätliche Übergriffe wollen wirdurch eine  
10 Förderung des Dialoges Deutsch-Kurdischer und Deutsch-Türkischer Organisationen  
11 verhindern. Wir fordern die in Deutschland lebenden Kurden auf, trotz des  
12 Mordens in Afrin in ihrem Protest gewaltfrei zu bleiben!

13 Als eine Partei die aus der Friedensbewegung entstanden ist, sind wir dem  
14 friedlichen Dialog verpflichtet. Wir werden uns deshalb innerhalb der  
15 Landesregierung dafür einsetzen, dass eine Begegnung zwischen türkeinahen  
16 Organisationen wie bspw. der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein und  
17 kurdischen Gruppen gefördert wird. Eine humanitäre Unterstützung für die  
18 kurdische Zivilbevölkerung in Afrin durch Deutsch-Türkische Einrichtungen wäre  
19 hierfür ein wünschenswertes Signal.

20 In Hotspots identitärer Konflikte sollen Zentren für demokratische Kultur  
21 eingerichtet werden. Diese können die erwähnte Begegnungsarbeit koordinieren und  
22 verstetigen, sie sollen zudem Grundprinzipien selbstbestimmter, demokratischer  
23 Kultur vermitteln und erlebbar werden lassen. Dies gilt nicht nur mit Bezug auf  
24 den kurdisch-türkischen Konflikt, sondern kann auch für Flüchtlinge und  
25 Migranten aus Ländern ohne demokratische Kultur hilfreich sein und rechte  
26 Ressentiments abbauen. Wir schlagen vor, diese Zentren unter die Verantwortung  
27 des Landesbeauftragten für politische Bildung zu stellen.